Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft...

Berlin

1916

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag 1915/1916, hrsg. vom Vorstand der Fraktion. Berlin, 1916.
20 p. 22 cm.

"Als Manuskript gedruckt."

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11-11-97 INITIALS: AP

TRACKING # : 29186

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag

1915/1916

Herausgegeben vom Vorstand der Fraktion



Als Manuskript gedruckt
Berlin 1916



In unserer als Manuskript gedruckten Schrift: **„Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“**, haben wir die Vorgänge und Meinungsverschiedenheiten dargelegt, die zu unserer Abtrennung von der früheren sozialdemokratischen Gesamtfraktion des Reichstags geführt haben. Diesen Ausführungen soll nur das noch hinzugefügt werden, was zur Abwehr von Mißverständnissen oder tendenziösen Entstellungen sich als notwendig erweist. Im übrigen sollen die folgenden Zeilen ein gedrängtes Bild des parlamentarischen Wirkens der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft seit dem 24. März 1916, dem Tage ihrer Konstituierung als selbständige Fraktion, geben. Sie hat im Parlament jede Gelegenheit wahrgenommen, um vom Boden der sozialdemokratischen Grundsätze aus den Kampf zu führen gegen die Kriegspolitik, im Interesse des Proletariats, des internationalen Sozialismus und der Menschheit. Keineswegs kam es der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft darauf an, bei der Vertretung von Arbeiterforderungen einen Wettlauf mit der Mehrheit der bisherigen Fraktion im Reichstag aufzunehmen. Wenn deren Haltung von den Grundsätzen der Partei abwich, war jedoch eine klare und sachlich scharfe Auseinandersetzung geboten, bei der aber die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft jede persönliche Polemik zu vermeiden suchte. Wurde dieses selbständige Vorgehen oft genug zu einer Anklage gegen die Mehrheits-Politiker, so lag das an dieser Politik, die den selbständigen sozialistischen Geist vermissen ließ.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist durch die historischen Ereignisse und durch das Verhalten der Mehrheit ihrer seitherigen Fraktionskollegen zu ihrer Konstituierung **gezwungen** worden. Das sei hier wiederholt betont, besonders auch gegenüber der tendenziös falschen Darstellung im Tätigkeitsbericht der alten Reichstagsfraktion*. Hier ist z. B. im Vorwort die Entrechtung der Fraktionsminderheit so dargestellt, daß **„sich eine Anzahl Abgeordnete von der Fraktion getrennt“** hätten. Und auf Seite 17 wird den Nichtunterrichteten sogar vorgeredet, mancherlei lasse „die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, **daß die Spaltung der Fraktion seit längerer Zeit von der Minderheit beabsichtigt war, und daß sie nur eine passende Gelegenheit abwartete, um ihren Wunsch in die Tat umzusetzen“**. Der Fraktionsvorstand verschweigt dagegen seinen Lesern die Tatsache, daß bereits am 21. Dezember 1915, aus Anlaß der

* Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Berlin 1916.

von **Geyer** im Reichstag verlesenen Minderheits-Erklärung zur Ablehnung der Kriegskredite, vom Genossen **Legien** und unterstützt vom Genossen **David** in der Fraktion ein Antrag auf **Ausschluß** der 20 Deklaranten gestellt, also von **dieser** Seite **„die Spaltung der Fraktion seit längerer Zeit beabsichtigt war“**. Mit viel mehr Recht kann gesagt werden: Nachdem dieser Antrag schließlich abgelehnt worden und durch ein Tadelsvotum ersetzt worden war, hat die **Mehrheit „nur eine passende Gelegenheit“** abgewartet, **„um ihren Wunsch in die Tat umzusetzen“**. — — —

Wenn endlich der erwähnte Fraktionsbericht in seiner „Schlußbetrachtung“ in amüsantem Doppelsinn meint, „es ist zu hoffen, daß die deutschen Arbeiter mit den Reichstagsvertretern, die sich zu dem törichten Schritte der Loslösung von der Fraktion hinreißen ließen, ein ernstes Wort sprechen“, — so wissen die deutschen Arbeiter jetzt, daß sie die „Loslöser“ in der **Mehrheit** zu suchen haben.

Der Notetat.

Entgegen der Mehrheit der alten Fraktion war sich die Minderheit von vornherein darüber klar, daß sie den Reichshaushaltsetat **abzulehnen** hatte, nicht nur wegen der geplanten Verkoppelung des Etats mit den zu schaffenden neuen indirekten Steuern, sondern vor allem **in Treue zu den wiederholten Beschlüssen der Partei**. Wie es gegenüber dem Etat keinen Zweifel oder Vorbehalt für uns gab, ebensowenig gegenüber dem Notetat, den die Fraktion in früheren Fällen stets **abgelehnt** hat. Da die Fraktionsmehrheit bei der Beratung des Notetats sich nicht nur die Stellung zum Hauptetat vorbehielt, sondern sogar für den Notetat stimmte, so gebot es sich für die Minderheit von selbst, in dieser von der Gesamtpartei stets für äußerst wichtig gehaltenen Frage ihren abweichenden Standpunkt auszusprechen. Das geschah durch Gen. **Haase**. Ueber die sich hieran anschließenden Szenen, bei denen sogar sozialdemokratische Abgeordnete den bürgerlichen Parteien kräftig sekundierten, haben wir in unserer erwähnten Schrift bereits eingehend berichtet*.

Die U-Boot-Frage.

Die Behandlung des U-Boot-Krieges war von wesentlicher Bedeutung für den Streit mit Nordamerika; von der Lösung dieser Frage hing es ab, ob Amerika, wie es angedroht hatte, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen würde oder nicht. Die Alldeutschen und die von ihnen beeinflußten Politiker drängten dahin, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg keineswegs abschwächen zu lassen. Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich mit dieser Frage. Ueber das Resultat der dortigen Verhandlungen sagt der vom Abgeordneten Bassermann erstattete Bericht:

* Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. (Als Manuskript gedruckt.)

„Seitens der verbündeten Regierungen, des Herrn **Reichskanzlers**, der den Kommissionssitzungen beiwohnte, des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts wurden **in weitestgehender Weise vertrauliche Mitteilungen** gemacht. Dieselben bezogen sich auf die Kriegführung der Unterseeboote, und zwar, soweit durch dieselbe unsere Feinde und die Neutralen berührt werden, auf die Art und Weise, wie sich der Unterseebootkrieg in der Zeit vom Februar bis August 1915 in der ersten, vom September 1915 bis Februar 1916 in der zweiten Periode abspielte, und über den

Unterseebootkrieg,

wie er sich nach den Grundsätzen der Denkschrift vom 8. Februar 1916 gegenwärtig vollzieht.

Die Verhandlungen, die sich an diese Mitteilungen anknüpften, erstreckten sich auf das ganze Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Fragen, einschließlich der damit zusammenhängenden militärischen Gesichtspunkte.

Die offene und freimütige Aussprache förderte **eine Reihe neuer noch nicht bekannter Tatsachen** zutage.

Die Kommission beriet eingehend über Wesen, Möglichkeit und Folgen des sogenannten **rücksichtslosen Unterseebootkrieges**. Nach dreitägigen Beratungen

einigten sich die großen Fraktionen

auf den folgenden Antrag:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Der Antrag enthält, was hervorgehoben werden soll, weder einen Ausdruck des Vertrauens noch des Mißtrauens gegenüber der Regierung, **er schließt keine Kritik des bisherigen Verhaltens** der Regierung in sich und will lediglich — abgelöst von einer solchen — die Auffassung des Reichstags zum Ausdruck bringen.“

In der Kommission, wie später im Reichstag, haben sämtliche bürgerliche Parteien **und die große Sozialdemokratische Fraktion für** den hier erwähnten Antrag gestimmt. Die **Arbeitsgemeinschaft** konnte dieser Behandlung der U-Boot-Frage **nicht** zustimmen. Von ihr war vielmehr beantragt worden:

„Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende **Erklärung** zu richten: Auch für den U-Boot-Krieg haben die Bestimmungen des Völkerrechts zu gelten. Insbesondere darf der rücksichtslose U-Boot-Krieg, also die **warnungslose Torpedierung** von Handels- und Passagierschiffen gegnerischer und neutraler Staaten unter

keinen Umständen zur Anwendung gebracht werden. Der Reichstag erwartet, daß der Reichskanzler schleunigst **durch Einleitung von Friedensverhandlungen** eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen sucht."

Diese Resolution der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde von der **Mehrheit der alten Fraktion gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt,** die Minderheit der alten Fraktion hatte schon vor der Abstimmung über die angenommene Kompromißresolution den Saal verlassen. Einzelne Minderheitsanhänger, wie **Reißhaus, Ryssel** und **Edmund Fischer** (Sachsen) hatten mit der Arbeitsgemeinschaft **gegen** die Kompromißresolution, **Edmund Fischer** auch positiv mit für die Resolution der Arbeitsgemeinschaft gestimmt.

Der Sinn des Antrages der Arbeitsgemeinschaft wurde in der Reichstagsdebatte am 6. April 1916 vom Genossen **Haase** dahin erläutert (Stenographischer Bericht, 40. Sitzung, Seite 887—888):

„Die Formen des U-Boot-Krieges werden nach dem Bericht und Ihren Zurufen völlig offengelassen für jeden. Um zum Ziele zu kommen, sind alle Formen gestattet

(sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft),

und es steht ja auch klar in der Resolution: Es ist geboten, wie von allen anderen Machtmitteln, so auch von diesen U-Boot-Machtmitteln Gebrauch zu machen; und wie von den anderen Machtmitteln in Konsequenz Ihrer Anschauungen Gebrauch gemacht wird, habe ich mir erlaubt, vorhin darzulegen.

Meine Herren, was für ein zweideutiges, vielschillerndes Wort, das Wort von dem „die Zukunft Deutschlands sichernden Frieden"! Ja, wer will denn nicht eine **gesicherte Zukunft Deutschlands?**

(Zuruf rechts.)

Aber darum dreht sich ja alles: Auf welchem Wege wollen Sie das Ziel erreichen? Was ist unter den „realen Garantien" und „Sicherheiten" zu verstehen, die notwendig sein sollen, um die Zukunft zu sichern? Da gehen eben die Anschauungen auseinander, und jeder kann seine Anschauungen in diese Resolution hineinlegen. Sie läßt den hemmungslosen U-Boot-Krieg zu, und erst bei den Verhandlungen soll von den berechtigten Interessen der Neutralen die Rede sein. Meine Herren, wir verlangen etwas ganz anderes, wir wollen, daß diejenigen Grundsätze, welche mühsam in Jahrhunderten auf dem Gebiete des Völkerrechts errungen worden sind, respektiert werden,

(sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft),

daß insbesondere Nichtkombattanten, Männer, Frauen und Kinder, auch wenn sie sich auf feindlichen Handelsschiffen befinden, nicht etwa torpediert werden, nicht etwa der Vernichtung preisgegeben werden.

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Zuruf rechts: Und euch will man verhungern lassen!)

Meine Herren, wir fordern ferner, daß unsere Regierung, wie das schon im Dezember von der Sozialdemokratischen Fraktion verlangt wurde, den Frieden sucht, ein **Friedensangebot** macht

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten),

alles tut, um eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen. Ich bin mir allerdings, wie ich schon ausführte. darüber klar, daß unsere Regierung schwerlich dazu in der Lage sein wird, weil sie ebenso wie alle anderen Staatsmänner einen Frieden will, bei dem sie den anderen die Friedensbedingungen diktieren kann.

(Zuruf rechts.)

Aber, meine Herren, ebensowenig wie wir uns von den anderen den Fuß auf den Nacken setzen lassen wollen, ebensowenig sollen wir durch Verlängerung des Krieges den Versuch unternehmen, der, wie ich am 24. März ausgeführt habe, übrigens aller Voraussicht nach auch ein untauglicher Versuch ist, die anderen so niederzuzwingen, daß wir ihnen einfach unsere Friedensbedingungen quand même vorschreiben können.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. — Zuruf rechts.)

Erst wenn das klar ausgesprochen wird

(Heiterkeit rechts),

ist eine Grundlage geschaffen für Friedensverhandlungen."

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Als Genosse **Ledebour** beantragte, über die Petition des Alldeutschen Schäfer, die den verschärften U-Boot-Krieg forderte, zur Tagesordnung überzugehen, da, wie er sagte, „Deutschland durch den Weg, den die Petenten und in ihrem Gefolge die große Majorität des Reichstags beschritten haben, diskreditiert und entehrt werden müßte", gab Genosse David die folgende höchst bezeichnende Belehrung zum besten (a. a. O. Seite 898):

„Meine Herren, der U-Boot-Krieg kann gar nicht so rücksichtslos geführt werden, wie die Auslegung ist, die eben der Herr Kollege Ledebour der U-Boot-Resolution gegeben hat.

(Allgemeine Zustimmung.)

In der Resolution ist gesagt, daß Rücksicht genommen werden soll auf die berechtigten Interessen der neutralen Staaten. Wenn man trotzdem zu der Auffassung über den Sinn der Resolution kommt, wie sie der Herr Abgeordnete Ledebour vertritt, so ist das eine rücksichtslose und warnungslose Torpedierung jeder gesunden Logik.

(Große Heiterkeit. — Widerspruch des Abgeordneten Ledebour.)

Es wird mir schwer, dem Herrn Kollegen Ledebour den guten Glauben beizumessen, daß er selbst an seine Auslegung glaubt. Aber weil er es ist, will ich ihm diesen Glauben zubilligen."

(Erneute große Heiterkeit. — Zurufe von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Dieser „kollegiale" Ausfall wurde von **Ledebour** sofort entsprechend dahin pariert:

Ledebour, Abgeordneter: „Der Herr Abgeordnete David hat geglaubt, die Situation, wo Sie hier alle gegen mich und meine Parteifreunde stehen, durch einen gehässigen persönlichen Angriff auf mich ausnutzen zu können.

(Oh! oh!)

Der Beifall, den Sie ihm gezollt haben, zeigt ja, wie richtig er Sie eingeschätzt hat

(sehr gut! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft),

und das wird ihn ermutigen, künftig den Kampf gegen uns in der gleichen gehässigen, persönlichen Weise weiterzuführen. Ich überlasse damit den Abgeordneten David Ihrer kollegialen Wertschätzung."

(Bravo! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Dabei mußte **David** wissen, daß der Abgeordnete Graf **Westarp** zuvor den Sinn, den die Konservativen mit der Resolution verbinden, ausdrücklich so ausgelegt hatte, wie es auch von **Ledebour** geschehen ist.

Für unser Verhalten zur U-Boot-Frage war selbstverständlich weder der Wunsch maßgebend, „die Treibereien gegen den Kanzler mitzumachen", wie in dem Bericht der großen Fraktion sinnig angedeutet wird, — noch uns „in Uebereinstimmung mit den Pressionsmaßnahmen einer wenig deutschfreundlich gesinnten neutralen Regierung" zu befinden. Für uns handelte es sich um eine **grundsätzliche Stellung**, die zugleich auch der politischen Klugheit entsprach.

Darauf kam es an, ob die Grundsätze des **Völkerrechts** für den U-Boot-Krieg gelten sollten oder nicht. Die Mehrheit der Fraktion setzte sich mit Westarp, Bassermann, Spahn, von Gamp, von Payer über sie hinweg. Aber nur die Anerkennung dieser Grundsätze konnte den angedrohten Abbruch der diplomatischen Beziehungen, mit den schwerwiegenden militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Folgen für das deutsche Volk, verhindern. Das sah die Regierung selbst ein und stellte sich deshalb in dieser Frage auf den Boden des Völkerrechts. Schon die Aussicht auf diesen allein möglichen Ausweg aus dem Konflikt mit Amerika hätte die gesamte Sozialdemokratie abhalten müssen, sich dem Antrag der bürgerlichen Parteien, dem offenen oder verkappten Draufgängertum der U-Boot-Leute anzuschließen. So mußte sie, als die Regierung die amerikanische Forderung annahm, mit unseren Gegnern die Abweisung erfahren, vor der die gesamte Sozialdemokratie sich hätte hüten müssen. Die seit Monaten wieder einsetzenden Bestrebungen gewisser Kreise, die Heeresleitung von neuem zur Anwendung des verschärften U-Boot-Krieges zu drängen, zeigen vollends, daß diese Kreise die Kompromiß-Resolution ganz anders aufgefaßt haben, wie es dem Vorstande der alten Fraktion beliebt. Jeder sucht das in jene Resolution hineinzudeuten, was ihm zusagt. Ein unwürdiges und unmögliches Verfahren „höherer Staatsmannskunst".

Die Abänderung des Vereinsgesetzes.

Am 20. März 1915 hatte der Reichstag dem Reichskanzler einen Antrag zur Berücksichtigung überwiesen, der verlangte, daß die beruflichen Vereine ferner nicht mehr als „politische Vereine" im Sinne des Vereinsgesetzes betrachtet werden. Ferner wurde einer Kommission ein Gesetzentwurf überwiesen, aus dem heraus die Kommission zu dem Antrag kam, daß als **politischer Verein** nur ein solcher gelten soll, der „bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern". Weiter verlangte der Gesetzentwurf **Beseitigung des Sprachenparagraphen und des Jugendparagraphen.** Am 27. August 1915 hat der Reichstag diesem Gesetzentwurf zugestimmt, dem jedoch der Bundesrat die Zustimmung versagte. Die Regierung hat daraufhin das Versprechen gegeben, wenigstens dem Verlangen nach Abänderung des § 3 zu entsprechen. Am 1. Mai d. J. kam auch eine Vorlage. Aber statt der Reform des § 3 des Vereinsgesetzes erfolgte nur eine Deklaration, eine **Auslegung** der bestehenden §§ 3 und 17 durch einen neuen § 17 a. Die **Schikanierung und Verfolgung der Gewerkschaften** hängt danach von der **Deutung** ab, die die **Staatsanwälte** und **Gerichte** der Tätigkeit der Gewerkschaften geben werden. Dadurch ist das Gesetz, wie es z. B. in der Resolution des 22. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes heißt,

„bei den nach dem Kriege zweifellos bevorstehenden scharfen Kämpfen mit dem Unternehmertum vielmehr **geeignet, in noch rigoroserer Weise gegen die Arbeiterorganisationen angewendet zu werden,** als wie es erfahrungsgemäß bis zum Ausbruch des Krieges schon gehandhabt worden ist".

Ebensowenig befriedigt die **Zulassung der Jugendlichen** zu gewerkschaftlichen Versammlungen. Dieses ganze „Recht" wird illusorisch gemacht durch die Regierungserklärung, daß das Recht der **Schule,** d. h. auch der **Fortbildungsschule,** den Jugendlichen den Beitritt zu gewerkschaftlichen Vereinen und den Besuch solcher Versammlungen zu **verbieten,** durch das Vereinsgesetz **nicht eingeschränkt** wird!

Die berechtigten Ansprüche der **Landarbeiter** und **Staatsarbeiter** sind nicht berücksichtigt. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat die Vereinsgesetznovelle im Einklang mit der stets von der Sozialdemokratie geübten Taktik **abgelehnt.** Sie handelte dabei auch in Uebereinstimmung mit weiten gewerkschaftlichen Kreisen, für die ebensowenig wie für unsere Fraktion „Informationen" oder „Vereinbarungen" mit Regierungskreisen maßgebend sind, sondern allein der Gesichtspunkt, ob diese Vorlage den Arbeitern und den Gewerkschaften einen sicheren Schutz gewährt oder sie gar schädigt. Unrichtig ist es, daß Genosse **Haase** in der alten Fraktion sich von vornherein mit jeder Fassung einverstanden erklärt hat, die den Gewerkschaften genügen würde. Er hat vielmehr nur erklärt, daß, wenn die Gewerkschaften sich auf die bereits im August beschlossene Abänderung des § 3 beschränken wollten, die Fraktion zu anderen Paragraphen keine Abänderungsanträge zu stellen brauche. Dabei haben er und andere Redner die Prüfung des Wortlauts der Regierungsvorlage als selbstverständlich gefordert.

Daß sich schwere Bedenken gegen das neue Gesetz selbst in bürgerlichen Kreisen geltend machten, zeigten die Worte des fortschrittlichen Abgeordneten **Müller (Meiningen),** der am 10. Mai 1916 im Reichstag erklärte:

„Wir werden die Erfahrungen, die wir mit dem früheren Wortlaut gemacht haben, mit diesem neuen komplizierten Wortlaut auch machen, wie ich fürchte.“

Selbst hier also hats gedämmert.

Die Anträge der Arbeitsgemeinschaft verlangten präzise die **Unpolitischerklärung der Gewerkschaften** durch Annahme der vom Reichstag am 27. August 1915 zu § 3 beschlossenen Fassung, ferner die **Aufhebung des Sprachen-** und des **Jugendparagraphen** sowie der im § 24 des Vereinsgesetzes gegen die **ländlichen Arbeiter** enthaltenen Beschränkungen bei Ausübung des Koalitionsrechtes.

Diese Anträge wurden von **keiner anderen** Seite unterstützt. Der Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Genosse Dr. **Herzfeld**, begründete den ablehnenden Standpunkt wie folgt (Stenograph. Bericht 59, Seite 1492/93):

„Ich habe meine Ausführungen wie folgt zusammenzufassen. Wir würden auch dem kleinsten Fortschritt auf dem Gebiete des Gewerkschaftsrechts zustimmen. Wir würden den Entwurf als Abschlagszahlung angenommen haben, wenn die Regierung auch nur die Abänderung des § 3 des Gesetzes, so wie sie der Reichstag im August 1915 beschlossen hat, vorgeschlagen hätte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Als im Dezember v. J. eine Teilreform angekündigt wurde, mußten wir wenigstens soviel erwarten. Was die Regierung aber jetzt dem Reichstag bietet, ist keine Verbesserung des bisherigen Zustandes, wie es seinerzeit die Aufhebung des Verbindungsverbots war. Die Gewerkschaften werden durch das vorliegende Gesetz für die Zukunft nicht gegen politische Verfolgungen gesichert; sie werden vielmehr ganz von dem Wohlwollen der Behörden abhängig gemacht. Bei den ersten großen Kämpfen werden die Drangsalierungen wieder einsetzen.

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die neue Fassung bietet dann eine bequeme Handhabe, den Gewerkschaften die größten Nachteile zuzufügen.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die jugendlichen Arbeiter werden schlechter behandelt werden als zuvor. Wir können uns weder selbst täuschen, noch wollen wir die Arbeiter in den Glauben versetzen, als ob ihnen auch nur eine geringfügige Verbesserung gewährt würde.

(Sehr gut! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

In der Kommission ist von einem Befürworter der Novelle hervorgehoben worden, derjenige, welcher auf Grund der Ausführungen in den Motiven die Begriffe des Gesetzes abzirkeln könnte, müsse „dekoriert“ werden. Nach den mit dem Vereinsgesetze gemachten Erfahrungen gehört ein Wunderglaube dazu, anzunehmen, daß die neue Fassung richtig und sinngemäß ausgelegt werden wird. In der Kommission ist von den Befürwortern der Novelle erklärt worden: „die Verantwortung für diese neue Fassung treffe jedenfalls die Regierung“.

(Hört, hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Der Regierung die Verantwortung zuzuschieben, ist aber unmöglich, wenn man selbst der Vorlage seine Zustimmung gibt.

(Lebhafte Zustimmung bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die Verantwortung für diese in Wahrheit die Gewerkschaften und die Jugend schädigende Novelle mit der Regierung zu teilen, kann nicht unsere Aufgabe sein, können wir nicht verantworten!“

(Lebhaftes Bravo bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die Arbeitsgemeinschaft hat damit eine durchaus **eindeutige** Haltung eingenommen, diktiert von den Bedürfnissen und Interessen der Arbeiter. Sie hat es abgelehnt, sich „festlegen“ zu lassen für eine Politik, die sie in die Gemeinschaft der Vertreter des **Unternehmertums** gebracht hätte, — die **ihre** Interessen durch das neue Gesetz durchaus nicht für gefährdet hielten. Die Scheinreform, die jetzt vorgenommen ist, steht einer wirklichen Reform hindernd im Wege.

Das Kapitalabfindungsgesetz.

Mit diesem ersten Gesetz der Kriegsinvalidenhilfe wurde ein im Grunde falscher Weg eingeschlagen. Vielen wird aus der „Wohltat“ bald eine Plage werden. Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft hat das Gesetz abgelehnt, für dessen Verbesserung sie übrigens bei keiner anderen Fraktion Unterstützung fand. Die Entscheidung darüber, wer eine Kapitalabfindung erhält, sollte nach unserer Forderung von den Kriegsinvaliden selbst, aber **nicht** von dem **Wohlwollen der obersten Militärbehörden** abhängen. Daher verlangten wir, daß aus der **Vergünstigung** ein **Rechtsanspruch** gemacht werde. Das Gesetz, wie es die anderen Fraktionen beschlossen haben, kommt hingegen (selbst nach dem Ausspruch des bürgerlichen Schriftstellers Dr. Keup) einer **„Bevormundung der Berechtigten“** gleich. „Um einer Anzahl Unzuverlässiger willen behandelt man die Ernsten und Strebsamen wie **Unmündige** und schädigt sie unnötigerweise in der Möglichkeit, höheren wirtschaftlichen Nutzen aus ihrer Entschädigung zu ziehen.“ Daneben aber werden die für würdig Befundenen **an die Scholle gebunden und in der Freizügigkeit gehindert.** Das sind Wirkungen, die bisher jedes ähnliche Gesetz für die Sozialdemokratie von vornherein **unannehmbar** gemacht haben. Die Fraktionsmehrheit hat auch hier rasch umgelernt. Die „Sehnsucht nach der Scholle“ darf nie eine Fesselung des Arbeiters bei Ausnutzung seiner Arbeitskraft werden. Die Großagrarier sind mit dem Gesetz sehr zufrieden, hoffen sie doch, aus den angesiedelten Kriegsverletzten billige, willfährige, an die Scholle gefesselte Arbeitskräfte zu rekrutieren. — Das alles mußte **jeder Sozialdemokrat** durchschauen. Die Arbeitsgemeinschaft ließ ihren ablehnenden Standpunkt durch den Genossen **Henke** vertreten.

Die ersten Kriegssteuern.

Sie bestanden in erster Reihe aus einem Bündel indirekter und Verkehrssteuern, die in ihrer Wirkung die Schultern der breiten Massen treffen, und anstatt einer ergiebigen **Kriegsgewinnsteuer** wurde eine magere **einmalige** Kriegsabgabe beschlossen. Hierüber sagte unser Redner, Genosse **Bernstein,** in der Reichstagssitzung vom 31. Mai d. J. (Stenographischer Bericht 56, Seite 1369):

„Meine Herren, was uns das Kompromiß in dieser Hinsicht bietet, ist, sagte ich, absolut unzulänglich. Die **Besteuerungssätze** gehen nach der Vorlage überhaupt nur bis zu 50 Prozent. Aber die Sätze, wie sie sich dort darbieten, sind vielen eine Täuschung. Es heißt in dem Gesetz immer nur: von dem weiteren Zuwachs wird diese oder jene Steuer erhoben. Wie sich das in der Praxis berechnet, will ich Ihnen an einigen Zahlen zeigen. Der Steuertarif bewegt sich je nach dem Zuwachs, in den Sätzen von 5 Prozent, 10 Prozent, 15 Prozent, 20 Prozent usw. aufwärts. Bei einem Mehr von 100 000 Mk. erreicht die Steuer zuletzt die Höhe von 25 Prozent. Was wird aber tatsächlich von diesen 100 000 Mk. Mehrvermögen an Steuern erhoben? Nicht 25 Prozent, sondern — wenn ich alles zusammenrechne — 19 500 Mk., das heißt nur 19½ Prozent. Bei 400 000 Mk. haben Sie eine Steuer erreicht von 35 Prozent. Was wird tatsächlich erhoben? Nicht ganz 30 Prozent. Wenn Sie auf die Million kommen, so ergibt sich erst der Satz von 37 Prozent und bei 2 Millionen von 43,7 Prozent, Sie kommen auf diese Weise niemals auf 50 Prozent.

Und, meine Herren, es handelt sich da ja nicht einmal um den faktischen Mehrertrag, sondern um den steuerpolitisch ermittelten, um den festgestellten Mehrertrag an Vermögen, der in der großen Mehrzahl der Fälle weit hinter dem zurückbleibt, was tatsächlich erzielt worden ist. Diese Steuer, die so weit hinter dem zurückbleibt, was sie nach unserer Meinung bringen sollte und nach unserem Antrag auch bringen würde, ist nun der Vorspann für die indirekten Steuern."

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Diesen Mängeln der Veranlagung geht bei dem Kriegssteuergesetz noch voran die Bestimmung, daß Vermögen, die sich bis zum 31. Dezember 1916 um mehr als 10 Prozent vermindert haben, **von der Steuer ganz freigelassen sind.** Ein **Millionär,** der 11 Prozent Vermögensverlust hatte, also am 31. Dezember 1916 nur noch 890 000 Mk. besitzt, wird beispielsweise von dieser „Besitzsteuer" **überhaupt nicht getroffen!**

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hatte folgende Abänderungsanträge gestellt (Drucksachen Nr. 341 und 349):
den § 1 zu fassen wie folgt:

§ 1.

Die in § 11 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 524) bezeichneten Personen sowie die inländischen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften

und andere Bergbau treibende Vereinigungen, letztere, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragene Genossenschaften haben den für sie in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 entstandenen **Vermögenszuwachs** sowie das **Mehreinkommen,** das sie in den Jahren 1914, 1915 und 1916 gegenüber ihrem Einkommen in dem Durchschnitt der Jahre 1911, 1912, 1913 hatten, als eine besondere Abgabe an das Reich zu entrichten;

folgenden § **1a** hinzuzufügen:

§ 1a.

Die Vorschrift des § 1 findet keine Anwendung auf den Vermögenszuwachs, der den Anforderungen der §§ 13 bis 17 des Besitzsteuergesetzes entspricht, sowie auf das Mehreinkommen derjenigen Personen, deren Jahreseinkommen fünftausend Mark nicht übersteigt.

Nach der von allen anderen Fraktionen erfolgten Ablehnung dieser Anträge haben wir **gegen** das ganze bürgerlich-sozialdemokratische Kompromißgesetz gestimmt. Das geschah besonders wegen des Verwendungszweckes und wegen der Rolle, die diese Steuer im Rahmen der gesamten Steuern spielt. Diese sogenannte Besitzsteuer ist aber auch nur das Zerrbild einer solchen, ist eine Maske für die gleichzeitig geforderten Hunderte von Millionen **dauernder, indirekter** Steuern! Mit Ablehnung dieser Steuer mußte und sollte dem ganzen von der jetzigen Regierung verkündeten Kriegssteuerprogramm Kampf angesagt werden, das sich nach der Erklärung des Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich künftig **nur auf indirekte Steuern** stützen soll.

Die Steuer-Resolution des Sozialdemokratischen **Parteitags** in **Jena** sagt:

„In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, wenn der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde."

Die Arbeitsgemeinschaft hat also recht gehandelt, als sie, diesem Beschluß der obersten Parteiinstanz getreu, die „Kriegssteuer" ablehnte. Der Verwendungszweck gilt dem imperialistischen Krieg. Eine „für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung" hätte die Ablehnung nicht zur Folge gehabt.

Wer der Politik der Arbeitsgemeinschaft nicht, wie es auch der Tätigkeitsbericht der Mehrheits-Fraktion tut, falsche Motive unterschieben will, muß aus den Anträgen der Arbeitsgemeinschaft deren Willen erkennen, nicht nur diese, sondern **alle Kriegslasten von den Besitzenden tragen zu lassen.** Die Arbeitsgemeinschaft wird als Ersatz irgendwelcher Verbrauchssteuer jeden Augenblick eine höhere Erbschaftssteuer annehmen und jeder wirklich gründlichen Kriegsgewinn-, Vermögens- und Einkommensteuer zustimmen.

Den im Zusammenhang mit dieser Materie von konservativer Seite gestellten Antrag, der die Ausstellung von **Auslandspässen** von der Entrichtung oder Sicherstellung der Kriegssteuer abhängig macht, haben wir abgelehnt. Unwissende oder Böswillige haben daraus „Anerkennung der Freizügigkeit des Kapitals“ gemacht. Die Kundigen taten es wider besseres Wissen. Maßgebend für die Ablehnung war, zu verhindern, daß Inländer, darunter namentlich unsere Parteigenossen, schikanös an dem Besuch des neutralen Auslandes gehindert werden. Für das Kapital ist dagegen der Antrag, wie Genosse **Bernstein** klarlegte, gleichgültig. Die Vertreter des Kapitals nahmen ihn deshalb auch schmunzelnd ohne Widerrede an. Vor der Schlußabstimmung über die „Kriegssteuer“ gab Genosse **Haase** namens der Arbeitsgemeinschaft folgende Erklärung ab (Stenographischer Bericht 59, Seite 1506/7):

„Meine Herren, unsere Haltung zu den Steuergesetzen wird im wesentlichen von folgenden Erwägungen bestimmt.

Die Kriegssteuer dient letzten Endes dem imperialistischen Krieg, den wir verwerfen. Durch die Zustimmung zu ihr wird auch nicht eine für die Arbeiterklasse ungünstige Besteuerung abgewendet.

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Wir stehen einem festen Block aller bürgerlichen Parteien gegenüber, der für sein **Steuerkompromiß** hier mit einer Dreiviertelmehrheit geschlossen auftritt. Die Sozialdemokratie ist mit ihrem Stimmengewicht völlig ausgeschaltet. Dieser Steuerblock hat die von der Regierung vorgeschlagene Belastung des Verkehrs und Verbrauchs durch die Ausgestaltung des Warenumsatzstempels noch gewaltig vermehrt. Abgelehnt sind dagegen die Anträge der Sozialdemokratie, die darauf gerichtet waren, den gesamten Kriegsgewinn, soweit es sich nicht um kleine Vermögen und Einkommen handelt, der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen oder auch nur durch nochmalige Erhebung einer Quote des Wehrbeitrags oder durch Besteuerung der Erbschaften den Besitz stärker zu erfassen und dadurch Ersatz für die indirekten Steuern zu schaffen. Die ganz unzulängliche einmalige Abgabe des Kriegssteuergesetzes hat zum Zweck oder mindestens zur Folge, eine wirkliche Kriegsgewinnsteuer zu vereiteln, wie sie von der großen Masse des Volkes gefordert wird. Sie ist nur ein kümmerliches Feigenblatt für die ungeheuren Lasten, die namentlich drückend die Arbeiterklasse und den Mittelstand infolge der anderen Steuern treffen.

Die Kompromißparteien betrachten selbst ihr Steuerwerk als ein einheitliches Ganzes, an dem sie geschlossen festhalten. Daß die einzelnen Steuergesetze nicht auch formell miteinander verbunden sind, ist nebensächlich. Dem gesamten Steuerwerk haben die Kompromißparteien den Stempel ihres Klassengeistes aufgedrückt. Sie haben auch das ganze Steuerwerk und alle seine Teile zu verantworten. Wir lehnen die Steuern ab.“

(Bravo! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft stand mit dieser konsequenten Haltung allein. Die Mehrheitsfraktion hat dem bürgerlichen Kompromiß mehr Treue gehalten als den Erfordernissen sozialdemokratischer Politik und den Richtlinien sozialdemokratischer Parteitage. Das geschah trotz der Kanonade, die zuvor sogar die Chemnitzer Volksstimme über die „Kriegssteuer“ losgelassen hatte. Nach Bekanntwerden des Steuerkompromisses schrieb sie in ihrer Nummer vom 18. Mai 1916:

„Die Erhöhung der **Kriegsgewinnsteuer,** die wir absichtlich so hoch geschätzt haben, wie sie ganz gewiß nicht sein wird, ist in dieser Form **nur der Vorspann für die ganze Last der indirekten Steuern,** und das ganze Steuerwerk wird damit für die Sozialdemokratie **unannehmbar.“**

Und am 22. Mai 1916 erklärte die Chemnitzer Volksstimme, die einmalige Kriegsabgabe sei „wenig mehr **als ein Feigenblatt, das die Blöße der kapitalistischen Steuermacher deckt“.**

Dieser Zorn hielt aber nicht lange vor. Die Mehrheitspolitiker beeilten sich bald, die „Blöße der kapitalistischen Steuermacher zu decken“.

Die Etatsberatungen.

Schon im Vorjahre, als die Mehrheit der Fraktion das Budget, den Parteitagsbeschlüssen entgegen, bewilligte, hat sich die Minderheit energisch hiergegen gewendet und sich im Reichstag an der **Bewilligung nicht** beteiligt. Die Mehrheitsfraktion hat in diesem Jahre zwar den Hauptetat abgelehnt, wenn auch mit rein opportunistischen Gründen, aber sie hat sofort darauf den Nachtragsetat mit den Kriegskrediten bewilligt.

In der Kommission wie im Plenum haben wir bei der Etatsberatung zu allen wichtigen Fragen uns geäußert. Das geschah insbesondere durch ausgiebige und rücksichtslose Darlegung der Mißstände auf den Gebieten der **Lebensmittelversorgung,** des **Belagerungszustandes** und der **Zensur.** Hier waren die Genossen **Wurm, Dittmann** und **Stadthagen** die Redner der Fraktion. Ebenso sind fast alle Mitglieder unserer Fraktion bei verschiedenen Einzelfragen, Militärgerichtsverfahren, Wohnungswesen, Gesundheitsamt, Sozialpolitik, Rechtspflege usw. als Redner für die Interessen der Arbeiterklasse eingetreten.

In der Etatsrede des Genossen **Ledebour** wurde die Kriegspolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien scharf kritisiert und daneben die **Friedensforderung** des **Volkes** eingehend begründet. Zur Ablehnung des Budgets verwies Ledebour besonders auch auf den **Nürnberger Parteitagsbeschluß,** in dem es heißt: „Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unversöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.“ (Stenogr. Bericht 60, Seite 1545.)

Die neuen Kriegskredite.

Die Mehrheitsfraktion war von vornherein entschlossen, die neu geforderten **Kriegskredite** von 12 **Milliarden** wiederum zu bewilligen. Ihr Redner, Genosse **Landsberg,** faßte — ganz **entgegen** der von **Scheidemann** bei der Friedensinterpellation namens derselben Mehrheit abgegebenen Erklärung — die Gründe dahin zusammen, daß das Ziel der Sicherung Deutschlands **noch nicht** erreicht sei und die Fraktion deshalb die Kredite bewilligen würde.

Genosse **Haase** dagegen begründete die von der Arbeitsgemeinschaft beschlossene **Ablehnung der Kredite** wie folgt (Stenogr. Bericht 61, Seite 1591/92):

„Der große politische Gegensatz, der uns von den bürgerlichen Parteien und der Regierung trennt, ist bereits gestern bei der dritten Lesung des Etats von meinem Kollegen Ledebour gekennzeichnet worden. Unser Kampf gilt nicht einer Person: Unser Kampf gilt der **kapitalistischen Gesellschaftsordnung** und dem sie stützenden politischen System.

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Wir betrachten die weltgeschichtliche Tragödie und die Ereignisse der inneren Politik von dem Standpunkt unserer sozialistischen Grundsätze und richten danach auch unser parlamentarisches Handeln ein.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges haben wir nichts von unseren Grundsätzen aufzugeben. Wir sind und bleiben unbeugsame Gegner des **Imperialismus,** der diesen Krieg herbeigeführt hat, und wir denken nicht daran, die imperialistische Politik durch unsere Abstimmung irgendwie zu unterstützen.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die Zerstörung von Menschen und materiellen Gütern, die der Krieg verursacht, übertrifft alles, was die kühnste Phantasie jemals auszumalen wagte. Auf den Schlachtfeldern verblutet die beste Volkskraft; im Innern leidet das Volk an Entbehrungen, wie der Reichskanzler vorgestern selbst eingeräumt hat; die armen und mittleren Volksschichten leiden unsäglich.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Immer unerträglicher wird der Druck des Krieges. In dieser Situation wird eine neue Kriegskreditvorlage von 12 Milliarden gefordert. Die Massen des Volkes tragen kein Verlangen nach der Fortsetzung des Krieges;

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft)

sie sehnen mit aller Macht den Frieden herbei. In keinem der kriegführenden Länder gelingt es, durch Schürung der Kriegsstimmung den **Friedenswillen** zu unterdrücken. Friedensgespräche der bisherigen Art führen allerdings nicht zum Ziele.

(Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Sie können nur dann fruchtbar sein, wenn sie beruhen auf der Achtung vor der Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Nationen und auf der Ablehnung jeder Annexion.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Friedensangebote auf dieser Grundlage fordern die Volksmassen von ihren Regierungen. Die Sozialisten in den kriegführenden Staaten gehen nicht darauf aus, irgendein Volk zu zerschmettern und ihm die Bedingungen des Friedens zu diktieren; sie wollen dies nicht, auch wenn es erreichbar wäre. Ein so erzielter Frieden wäre für kein Volk von Segen.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die Massen streben nach einem anderen Frieden, nach einem Frieden durch **Verständigung der Völker,** und zwar ohne jedes Zögern. Friedliche Kulturarbeit an Stelle grauenvoller Vernichtung, das ist ihre Losung. Die Arbeiter insbesondere wollen ihre internationalen Beziehungen für die Zukunft noch fester knüpfen, um wirksamer als in der Vergangenheit der Völkerverhetzung überall entgegenzutreten

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft)

und trotz aller Erschütterungen der Welt die Verwirklichung ihres sozialistischen Ideals zu fördern.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Kein Friedensvermittler darf bei uns scheel angesehen werden, jede Friedensvermittlung aus neutralen Ländern ist uns willkommen.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Wir wissen aber, daß die Hauptarbeit an dem Friedenswerk die Massen der beteiligten Völker selbst zu leisten haben. Sie haben die große Aufgabe, den Regierungen klar zu machen, daß des Mordens genug und übergenug ist. Die Massen sind es, die den Hauptteil der ungeheuren Opfer an Blut zu tragen haben; die Steuervorlagen, die vorgestern angenommen worden sind, lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß auch nach dem Friedensschluß die gewaltigen Opfer an Gut hauptsächlich ihnen aufgebürdet werden sollen.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Wer die Kredite bewilligt, muß sich also darüber klar sein, daß bürgerliche Parteien und Regierungen die Deckung zum größten Teil aus den Taschen der Arbeiterklasse und des Mittelstandes zu nehmen entschlossen sind.

(Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Aus grundsätzlichen Erwägungen haben wir vorhin den Hauptetat abgelehnt. Die Gründe der Ablehnung wiegen für uns noch schwerer gegenüber dem Nachtragsetat, der die **Kriegskredite** fordert.

Im Dezember 1911, als gerade der letzte Reichstag geschlossen war, traf von der englischen Arbeiterpartei eine Friedensadresse an die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion hier ein. Am 14. Dezember 1911 beantwortete sie August Bebel, und seine denkwürdigen Worte sind und bleiben für uns unvergeßlich. Er schrieb:

Die Arbeiterklasse, die auf dem Schlachtfelde der Industrie und des Ackerbaues Jahr für Jahr ungezählte Hekatomben an Menschenleben opfern muß im Interesse ihrer Ausbeuter, trägt kein Verlangen, auch noch den kapitalistischen Gelüsten ihrer herrschenden Klasse zuliebe noch viel größere Opfer zu bringen. Kann die bürgerliche kapitalistische Welt nicht mehr ohne Völkermassenschlächterei bestehen, dann ist es Zeit, daß sie einer anderen sozialen Ordnung Platz macht, in der Frieden, Freiheit und menschliches Glück nicht mehr der Gier einer Minderheit nach immer größerer Macht und immer größerem Reichtum geopfert wird."

(Lebhafter Beifall bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Diese Begründung unseres ablehnenden Beschlusses spricht für sich selbst. Wir haben ihr nichts weiter hinzuzufügen.

Soweit in diesem Zusammenhang von **Kriegszielen** und **Friedensbedingungen** die Rede war, konnte innerhalb der Arbeitsgemeinschaft eine geschlossene, durch keinerlei Abschwächung oder Verschleierung vorgetäuschte **Annexionsgegnerschaft** festgestellt werden. Der Bericht der großen Fraktion bedient sich (Seite 30 und 31) der verwerflichsten Zitierkünste, wenn er aus einer Rede des Genossen **Ledebour** das Gegenteil herauszudestillieren versucht. Er folgt darin der offiziösen Parteikorrespondenz. Wir können uns darauf beschränken, als Entgegnung den Wortlaut einer Notiz hierher zu setzen, die jüngst in einem Teile der Parteipresse Aufnahme fand:

Wie die Parteikorrespondenz zitiert.

In der soeben erschienenen Parteikorrespondenz Nr. 30 wird den Lesern in sehr kurzen Auszügen eine Reihe von Erklärungen der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes über „Kriegsziele" wiederholt. Nachdem hierbei besonders die Genossen Scheidemann, Ebert und Landsberg als unbedingte Annexionsgegner präsentiert werden, findet sich (Seite 439) noch folgender kurze Satz:

Hinzufügen möchten wir aus der Reichstagsrede des Abgeordneten Ledebour vom 6. Juni 1916 nur den Satz:

„. . . Damit ist **nicht** gesagt, daß deshalb **gar keine Grenzsteine verrückt werden sollen."** (Entgegen dem Stenogramm von der Parteikorrespondenz fett gedruckt!)

Diese Gegenüberstellung, deren tendenziöse Oberflächlichkeit nur dem Kenner der Sachlage zum Bewußtsein kommt, soll natürlich den Gedanken aufkommen lassen, daß entgegen den Annexionsgegnern der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes sich der Redner der Arbeitsgemeinschaft wenigstens bedingungsweise für Annexionen erklärt habe. Es ist daher nötig, die Worte Ledebours, denen der gleich falsche Sinn in gleicher Absicht kürzlich auch von der Chemnitzer Volksstimme unterschoben wurde, ganz wiederzugeben.

In der Reichstagsrede vom 6. Juni 1916 erklärte **Ledebour:**

„Was wir von der deutschen Reichsregierung und dem verantwortlichen Staatsmann, dem Herrn Reichskanzler, verlangen, ist, daß er rundweg erklärt: wir wollen einen Frieden, bei dem Deutschland **keine Gebiete gegen den Willen ihrer Völker sich einverleibt** (sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft), wir wollen einen solchen **annexionslosen Frieden.** (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Damit ist nicht gesagt, daß deshalb gar keine Grenzsteine verrückt werden sollen. (Lachen rechts und im Zentrum.) **Die Verrückung von Grenzsteinen** ist möglich, ohne daß Deutschland irgendwelche fremdsprachigen Gebiete annektiert. Was wir verlangen, ist, daß die Bevölkerungen der von Deutschland und seinen Verbündeten heute besetzten Gebiete, die sich von ihrem bisherigen Staatswesen loslösen wollen, **nach dem Rechte der Selbstbestimmung der Völker über ihre eigene Zukunft** selbst entscheiden . . ."

Man sieht, wie nur eine gewisse Böswilligkeit diese Worte dazu umdeuten kann, wozu sie in der Parteikorrespondenz dienen sollen. Der Redakteur der Parteikorrespondenz, Genosse Schöpflin, hat aber leider unterlassen, seine Zitatensammlung durch ein Zitat zu vervollständigen. Das wollen wir nachholen. In der Reichstagssitzung vom 6. April 1916 hat, gleichsam als Entgegnung auf die Rede, in der **Haase** jede wie immer geartete Annexion ablehnte, **Scheidemann** erklärt:

„Meine Herren, man muß ein politischer Kindskopf sein (Heiterkeit), wenn man sich einbildet, daß ein ganzer Weltteil in Flammen stehen kann, daß Millionen und Millionen Menschen getötet werden, daß unermeßliche Kulturgüter vernichtet werden, — daß aber bei und nach alle diesem furchtbaren Geschehen kein einziger Grenzstein verrückt werden darf (andauernder stürmischer Beifall), kein Grenzstein, den irgendein längst vermoderter Diplomat gesetzt hat!"

Durch diese Vervollständigung des parteioffiziellen Zitatenschatzes wird freilich sein Gesamteindruck etwas gestört! Schade drum!

In ihrem Zusammenhang lief diese letztere Aeußerung **Scheidemanns** allerdings darauf hinaus, diejenigen Politiker direkt aufzumuntern, die sich die „Verrückung der Grenzsteine" zum Ziel gesetzt haben!

Ueberblick.

Die vorstehende Darlegung der Fälle, in denen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft genötigt war, sich von der Politik der Fraktionsmehrheit zu trennen, zeigt schon für sich, **daß die Bildung der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft aus sachlichen Gründen nötig war.** Ihr von der Mehrheit abweichendes Auftreten zeigte den von keinerlei Nebenrücksichten verschleierten, alten **sozialdemokratischen Charakter** und wies die alten **sozialdemokratischen Ziele.** Dieses Vorgehen war um so mehr notwendig geworden, als die Parlamentstribüne noch die einzige Stätte ist, um wenigstens einigermaßen frei das zu sagen, was Hunderttausenden auf der Zunge liegt. Die Maßregelung der Fraktionsminderheit durch die Mehrheit ist so wider Willen ein Akt der Befreiung geworden, der zugleich die Wirkung hatte, viele Parteigenossen auch weiter an die Partei zu fesseln, die in Sorge, Groll oder Verzweiflung sich von der Partei abzuwenden drohten.

Durch das selbständige Auftreten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstage war die Möglichkeit gegeben, das wahre Gesicht dieses Reichstages zu enthüllen, in dem die bürgerlichen Abgeordneten die Interessen ihrer Klasse auch während des Krieges rücksichtslos vertreten. So war die Möglichkeit geboten, Kriegs- und Friedenspolitik vom Standpunkt des internationalen Proletariats zu treiben.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat keine persönlich häßliche Szene veranstaltet. An den **wüsten gehässigen Szenen,** die sich gegen **Liebknecht** und **Haase** abgespielt haben, nahmen dagegen sozialdemokratische Mehrheits-Abgeordnete teil. Sie haben die sachlichen Gegensätze durch persönliche Herabsetzung verschärft.

Noch immer werden die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft des **Disziplinbruchs** beschuldigt. Diese Anschuldigung, die die Parteigenossen im Lande gegen die Arbeitsgemeinschaft einnehmen soll, ist **unberechtigt,** wie die Parteigenossen immer klarer erkannt haben. Der Vorwurf des Disziplinbruches kann vielmehr nur diejenigen treffen, die unter Nichtachtung der Parteitagsbeschlüsse und der alten Taktik die Partei vor vollendete Tatsachen stellten und dann mit allen Mitteln eine Stimmungsmache gegen die sogenannte Minderheit betrieben, wohl wissend, daß diese Minderheit durch die Zensur in der Abwehr überaus gehindert ist. Die sachlichen und grundsätzlichen Differenzen sollten als das böswillig erkünstelte Werk von Krakeelern und Parteispaltern erscheinen. Und doch wußte und weiß jedes politische Kind, daß in der wichtigsten Frage der Zeit, in der Beurteilung des Krieges und der Stellung, die die Sozialdemokratie im und zum Kriege einzunehmen hat, von Anfang an schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten hervortraten, die nach einem sachlichen Austrag in der Oeffentlichkeit mit Notwendigkeit drängten.

Es ist der Sozialdemokratie nicht würdig, wo innere tiefe sachliche Konflikte bestehen, sich um diese Konflikte herumzudrücken. Sie müssen ausgefochten werden. Und wenn während des Belagerungszustandes Männer am Werke sind, die Partei, die alte, stolze, in ihrer Oppositionskraft stark gewordene **Sozialdemokratie,** in die Gedankengänge der bürgerlichen Politiker hinüberzuschieben, so wäre es Verrat, wenn diejenigen, die diese Gefahr erkannt haben, schweigen würden.

Wer der Katze die Schelle umhängt, **wer die Partei warnen,** sie in ihrem altbewährten Charakter **erhalten** will — der ist kein Krakeeler, kein **Parteispalter! — O nein, die Parteispalter sitzen nicht in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft!** Die Opposition, die aus dem harten Boden der geschichtlichen Ereignisse herausgewachsen ist und ihre Gewissenspflicht erfüllt, kann durch brutale Vergewaltigung nicht unterdrückt werden! **Die Opposition und ihre parlamentarische Vertretung** stehen nicht als Angeklagte, **sie stehen als Ankläger vor dem Forum der Partei!** Sei es, durch rechtzeitige Erkenntnis, oder später durch bittere Erfahrung belehrt, die Partei wird — wir zweifeln nicht — sich durch energisches Handeln vor der ihr drohenden Gefahr befreien, aus einer sozialdemokratischen eine nationalsoziale Partei zu werden.

Es gilt, die Parteigenossen zu einer geschlossenen Phalanx zu vereinen, nicht durch Wehklagen, Nachgiebigkeit und Rechnungsträgerei — sondern durch **Rückkehr zu alter programm- und grundsatztreuer sozialdemokratischer Politik!**



END OF
TITLE